Nummer 578

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

76. Jahrgang

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Donnerstag, 11. Dezember 1930

Der Hetzfilm zurückgezogen.

Severing billigt den Film in der amerikanischen Fassung!

Bei Redaktionsschluß wird gemeldet, daß die amerikanische Filmgesellschaft in einer Erklärung vor der Oberprüfstelle den Film „Im Westen nichts Neues" für die Aufführung in Deutschland zurückgezogen hat — unbeschadet vor der ausstehenden Entscheidung der Oberprüfstelle.

*

Heute um 10 Uhr haben die Verhandlungen der Filmoberprüfstelle über den Remarquefilm „Im Westen nichts Neues" begonnen. Es ist zu erwarten, daß die Entscheidung in den späten Nachmittagstunden fällt. Als Schiedsrichter bei der heutigen Sitzung der Filmoberprüfstelle wirken unter dem Vorsitz von Ministerialrat Seger mit: Chefredakteur Paul Baecker von der „Deutschen Tageszeitung", der Theologieprofessor Hinderer, die Schwester des verstorbenen Generals Reinhard und ein Filmvorführer als Vertreter der Film-Arbeitnehmerschaft. Für diese Art der Besetzung kommen eine Anzahl von Berufskategorien in Betracht, die jeweils für jede Tagung durch das Los bestimmt werden.

In den Verhandlungen der Filmoberprüfstelle haben sich nach der Vorführung des Films in der für Deutschland zugelassenen Form sowohl der Sachverständige des Reichswehrministeriums als auch der Sachverständige des Reichsinnenministeriums für das Verbot des Filmes ausgesprochen. Der Vertreter des Reichswehrministeriums betonte, daß das Ansehen der Wehrmacht durch den Film geschädigt werde. In der Herabsetzung des Ansehens der Wehrmacht liege aber auch eine Schädigung des gesamten deutschen Ansehens. Das Wehrministerium trete daher wiederum für ein Verbot des Films für Deutschland ein. Der Sachverständige des Reichsinnenministeriums bejahte die Frage, ob die Vorführung des Films geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Während vor diesem unparteiischen Gremium die Entscheidung über das fernere Schicksal des Remarquefilms fällt, hat sich zu gleicher Zeit ein rein politisch zu bewertender, einzig dastehender,

unerhörter Vorfall

ereignet. Die B.-Z.-Korrespondenz meldet:

Im Mozartsaal fand heute vormittag vor Minister Severing und verschiedenen Mitgliedern des Preußen-Kabinetts und einer großen Anzahl von höheren Beamten des preußischen Innenministeriums und des Berliner Polizeipräsidiums und Offizieren der Schutzpolizei eine Sondervorführung des Films „Im Westen nichts Neues" statt, und zwar wurde die amerikanische Fassung gezeigt. An der Aufführung nahmen der preußische Ministerpräsident Braun, der preußische Innenminister Severing, der Kultusminister Grimme, der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, Polizeivizepräsident Dr. Weiß, der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, mit etwa 100 Polizeioffizieren, Ministerialdirektor Dr. Badt vom preußischen Innenministerium, Staatssekretär Dr. Weißmann sowie viele andere Beamte des Preußischen Innenministeriums teil, ebenfalls auch eine Anzahl Parlamentarier. Wie wir hören, hat man im Preußischen Innenministerium durch die Vorführung die Auffassung gewonnen, daß auch die amerikanische Fassung des Films keine Hetze darstelle. Die Sondervorführung fand vormittags von 10 bis ½12 Uhr statt, also zur gleichen Zeit, als in der Oberfilmprüfstelle über die Verbotsanträge der Länder Sachsen, Bayern, Württemberg, Braunschweig und Thüringen beraten wurde. Die Anfahrt der zahlreichen Minister und Behördenvertreter hatte eine große Ansammlung von Neugierigen vor dem Lichtspielhaus zur Folge, jedoch kam es zu keinerlei störenden Zwischenfällen.

Um gar keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen und um das Vorgehen und das Urteil des preußischen Innenministers, sofern die Information der V.-S.-Korrespondenz auf Richtigkeit beruht, ins rechte Licht zu setzen, stellen wir wiederholt fest, daß in der deutschen Fassung des Remarque-Films zahlreiche Ungeheuerlichkeiten gestrichen sind, die in der amerikanischen Fassung enthalten sind. Vor kurzem haben wir in unserer Zeitung zahlreiche Stimmen von Deutschen, die in England und den Vereinigten Staaten leben, wiedergegeben, die ihrer tiefen Empörung über den Film in seiner Urform (gegen die der Verlag Ullstein selbst protestiert hatte!!) Ausdruck gaben. Wir haben auch eine Zuschrift wiedergegeben, die eine englische Rote-Kreuz-Schwester an den „Daily Expreß" wegen des Remarque-Films schrieb und in der diese englische Rote-Kreuz-Schwester feststellte:

„Ich habe viele dieser jungen Leute sterben sehen und kann mit voller Ueberzeugung sagen, daß sie durchaus nicht solche verächtlichen Feiglinge waren, als welche sie „Im Westen nichts Neues" dargestellt hat." Wir erinnern endlich daran, daß, um nur eines von vielen Beispielen zu nennen, in der amerikanischen Fassung des Films der deutsche Kriegsfreiwillige, der von der Front zu seinen Klassenkameraden zurückkehrt, die Worte spricht: **„Es ist schmutzig und widerwärtig, für sein Vaterland zu sterben."**

Wenn es also richtig sein sollte, daß das preußische Innenministerium „durch die Vorführung der amerikanischen Fassung des Films die Auffassung gewonnen hat, daß auch die amerikanische Fassung des Films keine Hetze darstelle", so ist es nach unserer Meinung notwendig, sofort alles zu unternehmen, um diesen preußischen Innenminister aus seinem Amt zu entfernen. Im preußischen Landtag wird die Partei des Reichskanzlers Brüning in dieser Frage sich nicht der Linken anschließen können, wenn sie es sich nicht gefallen lassen will, einschließlich des Reichskanzlers mit Herrn Severing identifiziert zu werden. Es ist unter der Würde der deutschen Nation, daß ein Mann, der Innenminister im größten deutschen Staat ist, in dieser Weise Deutschenhetze öffentlich billigt.

*

Inzwischen veröffentlicht die deutsche Filmfirma, die den Film in Deutschland verbreitet, in der deutschen Linkspresse riesige Inserate unter dem Motto: „So urteilt das englisch sprechende Ausland". „Ein vollendet herrlicher Film . . . Hervorragende Aufnahmen . . . Großes Ereignis . . . So wunderbar, so kraftvoll . . . Meisterhafte Darstellung . . . Tat von höchstem Verdienst . . . Das unsterbliche Werk der internationalen Filmindustrie!" In der Tat: Internationall Und wo das Ausland mit Bezug auf Deutschland von international spricht, da meint es: antideutsch, oder, von uns aus gesehen: antinational. In das Ausland, in dem noch immer die wilden Kriegsgreuelmärchen über Deutschland gern vernommen werden, müssen die Verteidiger, Propagandachefs und Geschäftemacher des Remarquefilms gehen, um Lobieder auf ihren Hetzfilm zu sammeln!

Wirtschaftspolitik vor Sozialpolitik.

Nach der Genehmigung der Notverordnungen durch den Reichstag ist die Reichsregierung nunmehr von den drängendsten Sorgen auf finanzpolitischem Gebiet befreit; die Reichsfinanzen haben wieder einmal eine Sanierung erfahren. Wie lange die Freude dauern wird, darüber ist man sich zwar nicht ganz klar, aber es gilt wohl als selbstverständlich, daß neue Schwierigkeiten schon in einigen Monaten wieder auftauchen werden; errechnet doch beispielsweise das Institut für Konjunkturforschung, also eine der offiziellen Finanzpolitik der Regierung gegenüber objektiv oder eher sogar freundlich gegenüberstehende Stelle, unter der Annahme, daß die bisher aufgenommenen Kurzkredite bis Ende März laufen oder durch andere ersetzt werden, für das Reich einen weiteren Kreditbedarf von 150—300 Millionen Mark im zweiten Rechnungshalbjahr und bei den Ländern und Gemeinden einen Kreditbedarf von mindestens 400 Millionen. Aber wie dem auch sei, zunächst ist der stärkste finanzielle Druck beseitigt und der Weg ist nunmehr endlich frei für die Erledigung der lange zurückgestellten Aufgaben auf allen übrigen Gebieten der Politik.

Darüber, daß es sich hier um Aufgaben handelt, die längst hätten in Angriff genommen werden müssen und deren Vernachlässigung mit zur Verschärfung der Finanzsorgen beigetragen hat, ist man sich nicht nur in der Regierung, sondern auch in den breitesten Schichten des Volkes wohl völlig im klaren. Ebenso ist es eine Selbstverständlichkeit, daß diese Aufgaben in erster Linie auf zwei Gebieten liegen werden, nämlich auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik. Es ist daher gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus gerechtfertigt, einmal prinzipiell auf die Probleme einzugehen, die sich dort ergeben, wo sich diese beiden genannten Gebiete überschneiden und wo die Wurzeln zu prinzipiellen Konflikten liegen; es ist hierbei selbstverständlich, daß bei der heutigen Situation die Lohnprobleme nur mehr als Teilprobleme der Sozialpolitik betrachtet werden können, obschon sie unter gesunden Verhältnissen ein Teil der Wirtschaftspolitik sein sollten. Dies ist nicht etwa wegen der katastrophalen Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren und besonders in den letzten Monaten der Fall, sondern deswegen, weil die unter sozialistischer Aegide durchmeg zur Einführung gekommene starre und nur von gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen abhängige, also auf die Schwankungen innerhalb der Wirtschaft keine Rücksicht nehmende Lohnpolitik eine derartige Eingliederung fordert.

Wenn im letzten Jahrzehnt von der Wirtschaft immer wieder über das Ausmaß der sozialen Lasten geklagt wurde und wenn vor allem das starre Lohnsystem als mit ausschlaggebender Faktor für die immer weitere Abnahme der Rentabilität ganzer Wirtschaftszweige bezeichnet wurde, so hat man in den Kreisen der Linksparteien und zwar nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern bis weit in das bürgerliche Lager hinein es im allgemeinen nicht einmal für nötig gehalten, diesen Klagen nachzugehen; man hat sie vielmehr, gewissermaßen mit einer Handbewegung, stets als „Interessentengejammer" beiseite geschoben oder sogar mit neuen Heraufsetzungen der Belastungen durch die verschiedenen Versicherungen geantwortet und auf lohnpolitischem Gebiet eine Entwicklung zugelassen, die jeder Vernunft Hohn sprach. „Es wird schon gehen", war in den meisten Fällen die einzige und als ausreichend erachtete Begründung. Es ist nur natürlich, daß sich eine derartige Politik genau so wie jedes Bankenquespiel nur so lange treiben läßt, als die eigenen Mittel oder etwaige Kredite reichen. Auch wenn die deutsche Wirtschaftskrise nicht durch den Zusammenbruch der Weltwirtschaftskonjunktur eine so außerordentliche Verschärfung erfahren hätte, hätte man daher mit einiger Genauigkeit den Zeitpunkt errechnen können, an dem die übertriebene Lohn- und Sozialpolitik Schiffbruch erleiden mußte.

Die Gründe des Versuchs, die Vogel-Strauß-Politik diesen Problemen gegenüber zu gewinnen, um nicht der Wahrheit ins Gesicht sehen zu müssen, sind nicht schwer zu finden. Wenn man, wie die Sozialdemokratie es getan hat, sechzig Jahre lang normalerweise unerfüllbare Lohnforderungen und geradezu ans Phantastische grenzende Postulate auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung zum Angelpunkt seiner Propaganda gemacht hat, dann ist es natürlich schwer, wenn nicht unmöglich, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben, wenn man an die Macht kommt und die aufgepeitschten Massen auf die Einhaltung der Versprechungen drängen. Und dies ist noch schwerer, wenn man wie die Sozialdemokratie einen noch weiter links stehenden Zwillingsbruder, den Kommunismus, hat, der seinerseits nunmehr in hemmungsloser Demagogie die früheren Forderungen der Sozialdemokratie aus Konkurrenzgründen aufgreift und weiter ins Ungemessene steigert. Ganz zweifellos waren es auch entsprechende Konkurrenzgründe bei den bürgerlichen Linksparteien, die diese immer und immer wieder der Sozialdemokratie auch dann den Steigbügel halten ließen, wenn die in Frage kommenden gesetzgeberischen Maßnahmen jeder wirtschaftlichen Ueberlegung ins Gesicht schlugen. Wie schon oben angedeutet, hätte sich aber diese Politik wohl unter günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen noch eine Weile fortsetzen lassen; nunmehr wurde aber, früher als erwartet, infolge der Zuspitzung der Weltkrise der Vorhang mit den künstlichen Silberstreifen, mit dem als dem

Boykott der Reichstagslinken durch die Nationalsozialisten.

Exitus bei marxistischen Reden.

Im Reichstag gab heute mittag 1 Uhr der Abgeordnete Stöhr für die Nationalsozialisten die Erklärung ab, daß die Nationalsozialisten in Zukunft keine Reden marxistischer Parteien mehr mit anhören und bei jedem marxistischen Redner geschlossen den Saal verlassen würden. Die Nationalsozialisten begründen diesen Entschluß damit, daß die marxistischen Parteien es darauf abgesehen hätten, unter bewußtem Verzicht auf geistige Auseinandersetzung die nationalsozialistischen Abgeordneten zu provozieren, und dann in der Oeffentlichkeit die Nationalsozialisten als Skandalmacher zu bezeichnen.

Entsprechend ihrer Ankündigung verließen die Nationalsozialisten in den nachfolgenden Beratungen, die sich um einige minder wichtige Vorlagen drehten, jeweils den Sitzungssaal, sobald ein Sozialdemokrat oder Kommunist das Wort ergriff.

*

Im Rechtsausschuß des Reichstags

der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Frank II (NatSoz.) zusammentrat, beantragte Abg. Wegmann (Ztr.) Vertagung, **da die Mitglieder des Zentrums nicht unter dem Vorsitz eines Mannes tagen könnten, der sich gestern gegenüber dem Zentrum unerhörte Beleidigungen habe zuschulden kommen lassen,** indem er im Reichstag behauptete, das Zentrum mißbrauche den Katholizismus zu Parteigeschäften.

Der Vorsitzende Abg. Dr. Frank II verwahrte sich dagegen und erklärte, eine **persönliche Beleidigung** der anwesenden Mitglieder des Zentrums habe ihm ferngelegen; er habe aber die ganze Kampfesweise des Zentrums gegen die Nationalsozialistische Partei im Auge gehabt, die seine Vorwürfe begründet erscheinen lasse. Mit den sachlichen Arbeiten des Rechtsausschusses habe das aber nichts zu tun.

Nachdem dann zunächst ein Antrag der Deutschnationalen, die Angelegenheit zurückzustellen und ihre Erledigung den Fraktionen zu überlassen, die sachlichen Beratungen dadurch nicht unnötig aufzuhalten, abgelehnt war, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Volksparteiler, der Christlich-Sozialen und der Bayerischen Volksparteiler ein Antrag des Zentrums auf Vertagung angenommen. Der Ausschuß soll am Freitag wieder zusammentreten.

Steeg beauftragt.

Ein neuer Versuch zur Pariser Kabinettsbildung — Poincaré im Hintergrund.

Paris, 11. Dezember.

Der Präsident der Republik hat heute vormittag den radikalen Senator Steeg ins Elysee berufen, um ihm die Bildung des Kabinetts anzubieten.

Senator Steeg erklärte beim Verlassen des Elysee, er habe nicht ohne weiteres den Auftrag, das Kabinett zu bilden, angenommen. Er wolle sich zunächst mit seinen politischen Freunden besprechen, die ebenso wie er entschlossen seien, eine Regierung der Entspannung und des Burgfriedens zu begünstigen, die es durch den Zusammenschluß der Republikaner gestatten würden, die republikanischen, außenpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme zu lösen. Die ersten Persönlichkeiten, mit denen Steeg Fühlung nehmen wird, sind Poincaré und Briand.

*

Nachdem die verschiedenen Versuche Lavals, ein Kabinett der Minderheiten oder der „Persönlichkeiten" zu bilden, endgültig gescheitert sind, wurde heute in der Pariser Morgenpresse das Orakel darüber, was nun geschehen solle, fortgesetzt. Wie gewöhnlich in solchen Fällen, wurden die Namen der parlamentarischen Bonzen, die ja immer dieselben sind, aufgezählt, wobei die Blätter je nach ihrer eigenen Parteirichtung Leute von der Linken oder Rechten bevorzugen. Schon gestern galt es als wahrscheinlich, daß der radikale Senator Steeg, der frühere Gouverneur von Algerien, mit der Regierungsbildung betraut wird. Aber auch Painlevé wurde genannt und auch trotz ihres ersten Fiasko wieder Barthou und Laval.

Hinter allen diesen Namen und Möglichkeiten reckt sich aber bereits der Schatten des Mannes, auf den immer noch ganz Frankreich als den gegebenen Krisenretter blickt, wenn man sonst keinen Ausweg mehr findet: das ist Raymond Poincaré, der aber bis jetzt aus Gesundheitsrücksichten abgewinkt hat. Interessant ist, daß nach außerlässigen Pariser Berichten auch an Briand inoffizielle Bitten gelangten, die Regierung von sich aus zu bilden; wie der „Petit Parisien" erfährt, hat er aber ebenfalls aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt.

Die Krise kann sich also noch einige Zeit hinziehen, bis irgendeine Kompromißlösung gefunden wird. Zweifellos hängen die Schwierigkeiten ja mit dem üblen Eindruck der Oustric-Affäre zusammen. Wird doch Tardieu selber beschuldigt, an dem Geschäft nicht ganz unbeteiligt gewesen zu sein. Andererseits dürften die Rechtsgruppen im Parlament immer noch so stark sein, um einer Linksregierung das Leben von Anfang an sehr sauer zu machen. Sollte schließlich der „Triarier" Poincaré doch noch in die Bresche springen, dann würde vielleicht das Parlament aufgelöst werden, wovon schon gestern im Palais Bourbon gemunkelt wurde.

Die Durchführung der Osthilfe.

Bisher 351 Anträge eingegangen.

Die Oststelle bei der Reichskanzlei (gez. Trevisanus, Hettlefer) teilt mit:

„In verschiedenen Zeitungsaufsätzen und offenen Briefen wird der Reichsregierung der Vorwurf gemacht, daß zwar eine große Organisation geschaffen, aber auf Grund der Osthilfegesetze noch nicht ein einziger Betrieb saniert worden sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß sowohl die Geldmittel wie die Prüfungseinrichtungen nur darauf warten, den Betrieben helfen zu können, daß aber seit dem Beginn der Anmeldung am 10. September bis zum 8. Dezember d. J. insgesamt erst 351 Anträge mit den erforderlichen Unterlagen eingegangen waren. Die entsprechenden Zahlen sind: für Kassin 106 Anträge, Königsberg 96, Breslau 78, Schneidemühl 36, Oppeln 35. Die in der Oeffentlichkeit bisher genannten Zahlen behandelten lediglich die Zahl der Voranmeldungen mit dem überschläglichen Bedarf. Das Verfahren ist, wie jede gerichtliche oder außergerichtliche Schuldenabwicklung, notgedrungen zeitraubend, aber gebunden an die Notwendigkeit, den Kredit- und Eigentumsbegriffen unserer Zeit Rechnung zu tragen."

Wieder polnische Spionage.

Gefängnis für Landesverräter.

TU **Breslau**, 10. Dezember.

Der erste Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verhandelte gegen die Fischer Karl Heyduk und Gustav Klenke, beide aus einem Dorfe bei Züllichau, wegen versuchten Landesverrats und Spionage. Die Straftaten wurden von ihnen im In- und Auslande zugunsten Polens begangen. Sie sind am 22. Juni festgenommen worden. Heyduk hat für Polen optiert, Klenke ist deutscher Staatsangehöriger, Heyduk wurde wegen versuchten Landesverrats unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Klenke erhielt wegen einfacher Spionage eine Gefängnisstrafe von vier Monaten.